



Bundesamt für Justiz
Härteleistungen
53094 Bonn

(Eingangsstempel)

Antrag auf Bewilligung einmaliger pauschaler Reisekosten zur Teilnahme am Prozess als Nebenkläger/ Nebenklägerin

1. Angaben zur Tatzeit und zum Tatort

Bitte schildern Sie kurz unter Angabe der Tatzeit und des Tatorts um welche Tat es sich handelt:

2. Angaben zu Ihrer Person (Antragsteller/in)

2.1 Angaben zur Person

Name:

Geburtsname, wenn vorhanden:

Vorname/n:

Geburtsdatum:

Straße:

Hausnummer:

Postleitzahl:

Ort:

Telefonische Erreichbarkeit:

E-Mail:

2.2 Angaben zum Personalausweis, Reisepass oder sonstigen Personaldokumenten

Nummer:

Ausstellungsdatum:

Ausstellungsbehörde :

2.3 Angaben zur Bankverbindung¹

IBAN:

BIC:

Name der Bank:

Kontoinhaber:

¹ Bitte beachten Sie, dass bei der positiven Entscheidung über Ihren Antrag ohne eine Angabe der IBAN- und der BIC-Nummer keine Überweisung der Reisekosten erfolgen kann.

3. Begründung der Reisekosten

Wurden Sie durch Beschluss des Gerichts als Nebenkläger/in zugelassen?
(Bitte eine Kopie des Beschlusses beifügen)

Beabsichtigen Sie an einzelnen Verhandlungstagen an dem Prozess persönlich teilzunehmen?

Angabe der Entfernung (in km)

Angabe des Ausgangsort der Reise:

Angabe des Zielort der Reise:

Haben Sie Zahlungen für Reisekosten im Zusammenhang mit der Teilnahme am Prozess erhalten?

ja

nein

falls ja, Höhe der Zahlungen von der anderen Stelle:

Name der zahlenden Stelle:

Übersteigt Ihr Bedarf an Reisekosten den bereits erhaltenen Betrag?

ja

nein

falls ja, in welchem Umfang?

4. Belehrung Rechtsanspruch

Es ist mir bewusst, dass kein Rechtsanspruch auf eine Leistung besteht und die Entscheidung des Bundesamts für Justiz nach Billigkeitsgrundsätzen erfolgt.

5. Personenbezogene Daten

Mit der Beiziehung und Auswertung von Akten (beispielsweise von Polizei, Staatsanwaltschaft, Gericht, Landesversorgungsämtern, Krankenkassen) erkläre ich mich ausdrücklich einverstanden. Ich bin ferner damit einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten zum Zweck der Prüfung und Bescheidung dieses Antrages sowie für das sich anschließende Regressverfahren gespeichert und an andere öffentliche Stellen übermittelt werden. Dieses Einverständnis bezieht sich auch auf Auskünfte an Stellen, die ebenfalls aus öffentlichen Mitteln Leistungen für Opfer zur Verfügung stellen (beispielsweise Landesversorgungsämter, Sozialämter, Krankenkassen) sowie gegenüber der Deutschen Unterstützungsbehörde beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem Auswärtigen Amt.

6. Abtretung zivilrechtlicher Ansprüche

Hiermit trete ich für den Fall, dass Leistungen gewährt werden, in Höhe der geleisteten Zahlungen meine gleichartigen Ansprüche auf Ersatz des materiellen und immateriellen Schadens gegen Dritte an das Bundesamt für Justiz ab. Die Abtretung ist erforderlich, da die Leistung nicht zusätzlich zu etwaigen Entschädigungszahlungen gewährt wird.

Sofern ich nach der Bewilligung und Auszahlung der Leistung noch zweckidentische Zahlungen einer anderen Stelle oder der Täterin/ des Täters erhalte, habe ich diese an das Bundesamt für Justiz weiterzuleiten. Von der Abtretung werden auch Zahlungen erfasst, die mir im Rahmen eines Strafverfahrens aufgrund eines Bewährungs- oder Einstellungsbeschlusses oder im Rahmen eines sogenannten Adhäsionsverfahrens zukommen.

Allerdings gilt die Abtretung nicht für einen Betrag, der die Leistung übersteigt. Sollte Ihnen ein die Leistung übersteigender Betrag z.B. in einem Adhäsionsurteil zugesprochen werden, können Zahlungen, die auf diesen höheren Betrag entfallen, bei Ihnen verbleiben. Diese Abtretung gilt ebenfalls nicht, soweit ein Anderer für den Schaden eingetreten ist und ein gesetzlicher Forderungsübergang stattgefunden hat.

7. Schlussangaben

Ich versichere, dass meine Angaben der Wahrheit entsprechen. Von dem Merkblatt habe ich Kenntnis genommen. Ich bin mir bewusst, dass falsche Angaben die Pflicht zur Rückerstattung der Leistung begründen können.

Ort:

Datum:

Unterschrift der/s Antragstellerin/Antragstellers